

252 Kandidaten rangeln um neun Sitze

WAHLEN 2019 DIESE ZEITUNG ERKLÄRT DIE NATIONALRATS- UND STÄNDERATSWAHLEN VOM 20. OKTOBER VON A BIS Z

Im ganzen Land wählen rund 400'000 Personen das erste Mal. Ihnen und allen anderen bietet das Wahl-ABC eine Hilfe.

A Wahlen sind nicht das gleiche wie Abstimmungen. Beim Wählen werden Personen oder Parteien bestimmt (oder gewählt). Beim Abstimmen wird über Sachthemen befunden.

B Im Wahlkreis Sursee gibt es diesmal bei den Nationalratswahlen einen richtigen Boom der Kandidierenden: Insgesamt 45 Frauen und Männer bewerben sich um einen der neun Nationalratssitze, die dem Kanton Luzern zustehen. Bei den letzten eidgenössischen Wahlen vor vier Jahren waren es noch 26 Kandidierende für die grosse Kammer. Zwölf der aktuell Kandidierenden traten schon 2015 zu den Nationalratswahlen an, darunter die amtierenden Nationalräte Leo Müller (CVP), Albert Vitali (FDP) und Franz Grüter (SVP). Auffallend ist, dass sich die Zahl der für die grosse Kammer kandidierenden Kantonsräte gegenüber 2015 mehr als verdoppelt hat – von fünf auf zwölf.

C Confoederatio Helvetica ist der offizielle lateinische Name der Schweiz und verweist auf die helvetische Konföderation. Der Föderalismus erfüllt besondere politische Funktionen in der sprachlich-kulturell segmentierten Gesellschaft der Schweiz und sichert seit 1848 die kulturellen Eigenheiten der Kantone.

D Die direkte Demokratie ist eine der Besonderheiten des politischen Systems der Schweiz. Sie ermöglicht es dem Volk, sich zu Entscheidungen des Bundesparlaments zu äussern oder Verfassungsänderungen vorzuschlagen. In der Schweiz ist dem Volk eine wesentliche Mitwirkung bei politischen Entscheidungen auf Bundesebene eingeräumt.

E Wir leben bekanntlich im Zeitalter der Digitalisierung. Da war es nur eine Frage der Zeit, bis auch die Stimmabgabe auf elektronischem Weg auf Tapet kam. Doch das sogenannte E-Voting war von Anfang an umstritten. Und seit im System der Post gravierende kryptografische Fehler auftauchten, ist erst recht Feuer im Dach. Experten wie der Eicher SVP-Nationalrat Franz Grüter sehen unter anderem im Quellcode des Schweizer Systems noch ganz andere Probleme. Es dürfte also noch dauern, bis die elektronische Stimmabgabe sicher ist und sich durchsetzen wird – wenn überhaupt.

F 42,9 % der Luzerner Nationalratskandidaten sind Frauen. Genauer 108 Frauen und 144 Männer. 2015 lag der Anteil noch bei 34 %. SP, Grüne, GLP, CVP und FDP schicken jeweils fünf Frauen und vier Männer in den Kampf. Bei der SVP sind es drei Frauen und sechs Männer. Für den Ständerat kandidieren drei Frauen und vier Männer.

G Die Gewaltenteilung wurde mit der Bundesverfassung von 1848 eingeführt. Diese verhindert die Konzentration der Macht bei einzelnen Personen oder Institutionen und soll so Machtmissbrauch verhindern. Eine Person darf gleichzeitig nur einer der drei Staatsgewalten angehören. Die Legislative beschliesst Gesetze, die Exekutive setzt Gesetze um, die Rechtsprechung erfolgt durch die Judikative.

H Die Hauptstadt oder besser Bundesstadt der Schweiz ist Bern. National- und Ständerat wählten die Zähringerstadt am 28. November 1848. Luzern



Der Flyer-Salat vor den Wahlen zeigt sympathisch lachende Köpfe aus dem Kanton und der Region.

FOTO FABIAN ZUMBÜHL

und Zürich kandidierten ebenfalls. In der Helvetik (1798 bis 1803) konnte sich Aarau und kurze Zeit sogar Luzern Bundesstadt nennen. Nachher (und vorher) wanderten die Städte jährlich. Von «Hauptstadt» sprach niemand. Die Tagsatzung, das Vorgängermodell der Vereinigten Bundesversammlung, kannte jedoch einen «Vorort». Dort war auch die eidgenössische Kanzlei angesiedelt.

I Eine regelmässige Erscheinung im Bundeshaus sind die sogenannten Lobbyisten, die bei National- und Ständeräten für irgendwelche Interessengruppen weibel. Man munkelt hinter vorgehaltener Hand, dass diese Lobbyisten beziehungsweise Interessengruppen ganze Gesetzesartikel formulieren. Es gibt aber auch Studien, die aufzeigen: Während Verbände in der Schweizer Politik noch in den 1970er-Jahren eine zentrale Rolle spielten, haben sie 30 Jahre später an Einfluss verloren.

J Jugendliche wählen seit 28 Jahren. Die Erwachsenen entschieden im Jahr des 700-jährigen Bestehens der Eidgenossenschaft, den 18- und 19-Jährigen das Stimm- und Wahlrecht zu schenken. 17-Jährige dürfen für den Nationalrat kandidieren, müssen aber spätestens am 20. Oktober 18 Jahre alt werden. Einige wollen das Stimmrechtsalter nun auf 16 senken und hoffen so, mehr Jugendliche für die Politik begeistern zu können.

K Kommissionen sind Ausschüsse des Parlaments, die aus einer begrenzten Anzahl von Ratsmitgliedern bestehen. Sie haben grundsätzlich die Aufgabe, die ihnen zugewiesenen Geschäfte vorzubereiten. Darüber hinaus verfolgen sie die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in ihrem Zuständigkeitsbereich und arbeiten Vorschläge aus. Es gibt Sachbe-

reichskommissionen wie etwa die Sicherheitspolitische Kommission, Aufsichtskommissionen – Stichwort Parlamentarische Untersuchungskommission – weitere Kommissionen wie die Begnadigungskommission und noch die Parlamentarische Verwaltungskontrolle. Einige der Kommissionen haben grossen Einfluss, spüren sie doch vor, wie eine Gesetzesvorlage daherkommt.

L Die Legislative ist das Parlament. Dieses setzt sich aus dem National- und Ständerat zusammen. Die beiden Räte sind gleichberechtigt und bilden zusammen die Vereinigte Bundesversammlung. Die Bundesversammlung erlässt Gesetze, überwacht die Geschäftsführung des Bundesrats und des Bundesgerichts.

M Mithilfe des Majorzwahlsystems, auch Mehrheitswahl genannt, wird beispielsweise der Ständerat oder der Regierungsrat gewählt. Gewählt ist, wer in seinem Kanton am meisten Stimmen erhält. Dieses Wahlsystem begünstigt im Gegensatz zur Proporzwahl die grossen Parteien sowie bekannte Persönlichkeiten.

N Basis für die Sitzverteilung im Nationalrat ist die «ständige Wohnbevölkerung». Aufgrund der demografischen Bevölkerungsentwicklung verliert der Kanton Luzern für die kommende Legislatur einen Sitz, kommt neu auf neun statt zehn Mandate. Dieses Schicksal teilen die Luzerner mit den Bernern, die ebenfalls einen Sitz verlieren. Die Kantone Genf und Waadt dürfen sich derweil über einen Sitzgewinn freuen.

O Obligatorisch muss niemand stimmen. Die Schweiz kennt keinen Stimm- oder Wahlzwang. Einzelne Kantone aber haben einen Hebel, den

Stimmbürgern Anreize zu verschaffen. So kennt der Kanton Schaffhausen die Stimmpflicht. Wer sie verletzt, zahlt 6 Franken Busse. Vor ein paar Jahren erhöhte das Schaffhauser Stimmvolk diesen Betrag von 3 auf 6 Franken.

P Proporz kommt vom lateinischen Wort «proportio», was Verhältnis bedeutet. Beim Proporzsystem, demnach auch Verhältniswahl genannt, handelt es sich um einen Wahlmechanismus, der bei den Nationalratswahlen angewandt wird. Die Sitze werden gemäss Anzahl Stimmen den Parteien zugeteilt und danach an die bestplatzierten Kandidaten vergeben. So können auch kleinere Parteien politisch mitwirken.

Q Die Quote bezeichnet einen (Prozent-)Anteil einer Gesamtmenge. Bei den Nationalratswahlen 2015 waren die Bauern und die Wirtschaft nach wie vor gut vertreten. Hinsichtlich der Berufsgruppen zeigte sich, dass sich besonders viele Juristen einen Sitz im Nationalrat ergatterten: Mit 40 Juristen war gut jeder fünfte Nationalrat Jurist. Rund acht Prozent waren Landwirte.

R Die eidgenössischen Räte (auch Schweizer Parlament genannt) bestehen aus der grossen Kammer (Nationalrat) mit 200 Mitgliedern und der kleinen Kammer (Ständerat, auch «Stöckli» genannt) mit 46 Mitgliedern.

S Sitzverteilung: Die Nationalratssitze werden nach der Bevölkerungszahl (Gesamtzahl der Einwohnerinnen und Einwohner = Wohnbevölkerung) auf die 26 Kantone verteilt. Jeder Kanton hat aber wenigstens einen Sitz. Die Sitze werden nach dem Proporzverfahren auf die einzelnen Parteien verteilt. Im

Ständerat gibt es für die Kantone Obwalden, Nidwalden, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden je einen Sitz, bei den übrigen Kantonen sind es je zwei. Seine zwei Ständeräte wählt der Kanton Luzern im Majorzverfahren.

T Der letzte Nationalrat aus Sursee ist der Rechtsanwalt Theo Fischer. Der gebürtige Trienger gehörte der grossen Kammer als Vertreter der CVP zwölf Jahre lang, von 1983 bis 1995, an. Er galt in Bundesbern als einflussreicher Interessenvertreter, positionierte er sich doch in Sachen Anzahl der Verwaltungsratsmandate (unter anderem Bankrat Lukb, Eichhof, Sursee-Triengen-Bahn) in den Top Ten unter den Parlamentariern.

U In der Schweiz findet das Wählen meistens zu Hause statt. Die Stimmzettel werden nach der Wahl in ein amtliches Stimmkuvert gesteckt und in einem Rücksendekuvert eingeschickt. Sie können aber auch in einem Wahllokal abgegeben werden. Bei der Abgabe in einem Wahllokal wird das Stimmkuvert in eine Urne eingeworfen. Nach Beendigung der Wahl werden in Auszähllokalen die eingegangenen Stimmkuverts aus Post und Urne ausgepackt und die Stimmzettel dann ausgezählt.

V Der Nationalrat und der Ständerat verhandeln in der Regel getrennt. Beratungsgegenstände, die für eine getrennte Behandlung in den Kammern nicht geeignet sind, werden von den Räten jedoch als Vereinigte Bundesversammlung gemeinsam behandelt. Aufgrund seiner grösseren Mitgliederzahl hat der Nationalrat in der Vereinigten Bundesversammlung und in seinen Kommissionen ein grösseres Gewicht als der Ständerat, was eine Abweichung vom sonst geltenden Grundsatz der Gleichstellung beider Räte darstellt.

W 2015 gingen 48,5 % der 5'283'556 Wahlberechtigten Schweizer an die Urne. Im Kanton Luzern lag die Wahlbeteiligung sogar bei 50,9 %, was Rang 3 im schweizweiten Vergleich bedeutete. Die tiefste Wahlbeteiligung in der Geschichte der Nationalratswahlen registrierten die Statistiker 1995, als nur 42,2 % der Stimmberechtigten in der Schweiz zur Urne schritten.

X X-beliebige Personen können gewählt werden. Stimmt nicht ganz, denn Schweizer Bürger müssen alle Kandidaten sein. Bei den Ständeratswahlen gilt sogar, dass alle Kandidaten im Kanton Luzern Wohnsitz haben müssen. Und 18 Jahre ist das Minimalalter. Sie oder er darf nicht wegen Geisteskrankheit oder Geisteschwäche unter umfassender Beistandschaft stehen. Früher galten noch andere Kriterien wie ein gewisses Vermögen oder ein einwandfreier Leumund.

Y Yes, we can! Die föderative Teilung staatlicher Macht zwischen Zentralstaat und Gliedstaat sowie die Kombination von Demokratie und Föderalismus durch das Zweikammersystem des Parlaments wurden nicht in der Schweiz erfunden, sondern aus dem amerikanischen Verfassungssystem entlehnt.

Z Geht es um das Schweizer Parlament, sind die Zahlen 200 und 46 von besonderer Bedeutung. Der Nationalrat ist aus 200 Abgeordneten des Volkes zusammengesetzt. Der Ständerat besteht aus 46 Abgeordneten der Kantone. STI/KUL/MA/DZ/FZ